



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem hessischen Wirtschaftsministerium dafür einzusetzen, dass der Landkreis Aschaffenburg weiterhin stimmberechtigtes Mitglied in der Frankfurter Fluglärmkommission bleibt bzw. darauf hinzuwirken, dass die gesamte Region Bayerischer Untermain stimmberechtigtes Mitglied wird.

Begründung:

Seit 2002 ist der Landkreis Aschaffenburg stimmberechtigtes Mitglied in der Frankfurter Fluglärmkommission. Am 18. Juli 2012 beschloss der Bayerische Landtag, dass auch die Bayerische Staatsregierung beratendes Mitglied in der Fluglärmkommission werden soll. Nach einem aktuellen Vorschlag des Vorstands der Fluglärmkommission soll das Stimmrecht des Landkreises Aschaffenburg wegfallen. Angeblich liege keine besondere Rechtfertigung mehr vor und damit sei die Stimmberechtigung „nicht mehr willkürfrei“.

Die konkreten Belastungen durch den Fluglärm sind aber am Untermain in den letzten Jahren insbesondere durch die Inbetriebnahme der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen im Oktober 2011 deutlich gestiegen. Die Zahl der Überflüge hat in letzter Zeit um 40 Prozent (2013 auf 2014) zugenommen, an der Messstation Kahlgrund/Omersbach sogar von 3.325 (2013) auf 4.638 (2014). Auch bei der offiziellen Beschwerdestatistik verzeichnete Alzenau von 2013 auf 2014 eine Steigerung um 13 Prozent, hier legten auch Großostheim und Mömbris (sogar plus 52 Prozent) stark zu (siehe auch www.dfld.de). Vom Fluglärm ist aber inzwischen der gesamte Raum Untermain mehr oder minder stark betroffen. Dies verdeutlichen die kürzlich von 17 Bürgermeistern der Region an die DFS eingereichten Anträge, die lärmindernde Anflugverfahren konkret fordern.

Ohne ein konkretes Stimmrecht verliert der Untermain aber konkrete Einflussmöglichkeiten, eine Reduzierung des Fluglärms zu erreichen. Da auch der Landkreis Miltenberg ganz konkret vom Fluglärm betroffen ist, ist es sinnvoll, die stimmberechtigte Mitgliedschaft für die gesamte Region (Landkreis und Stadt Aschaffenburg, Landkreis Miltenberg) anzustreben. Bereits im Juli 2012 hatte sich die Landkreisverwaltung Miltenberg mit einem entsprechenden Schreiben an das hessische Wirtschaftsministerium gewandt, musste sich aber mit der Antwort zufriedengeben, der Landkreis Aschaffenburg sei schon in der Fluglärmkommission vertreten. Insgesamt wäre es aber sinnvoll, das Stimmrecht an die gesamte Region (z.B. Regionaler Planungsverband) zu vergeben, um alle Interessen der betroffenen Gebietskörperschaften hinreichend zu berücksichtigen.